

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:05 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Regina Meinen  
Ratsfrau Elfriede Meyer

#### **CDU**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Werner Vollprecht (ab 17:30 Uhr)

#### **FDP**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser für Ratsherrn Holger Klaassen

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Thomas Sprengelmeyer  
Herr Eckhard Kühl  
Herr Reiner Hartmann  
Herr Abdou Ouedraogo  
Frau Elfriede Wilts

#### **Von der Verwaltung**

Herr Herald Ihnen, FD Jugendförderung  
Herr Wilhelm Berends, FD Jugendförderung  
Protokollführerin Agnes Rauch

#### **Gäste**

Frau Rocholl-Hörster, Pestalozzischule  
Frau Kowe, Pestalozzischule  
2 Vertreter der örtlichen Presse  
5 Zuschauer

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006

**Herr Renken** erklärt, auf Seite 3 stehe, er halte eine Elternbefragung für nicht angebracht. Das sei so nicht richtig wiedergegeben worden, denn er halte eine Elternbefragung sehrwohl für angebracht.

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.03.2006 wird mit dieser Änderung genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/2136-00  
Zuschüsse für Fahrten und Lager

**Herr Ihnen** erläutert anhand der Vorlage die Maßnahmen im Einzelnen.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, die Veranstaltung des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge werde in diesem Jahr zum 40. Mal durchgeführt. Aus diesem Grunde gäbe es besondere Aktionen. Außerdem würden beim deutsch-französischen Abend hochrangige französische Politiker, kommunale Vertreter sowie der Emdener Rat vertreten sein.

Die Frage von **Frau E. Meyer**, ob an den Maßnahmen der ev. ref. Kirchengemeinden in Hinte und Pewsum Emdener Kinder teilnehmen würden, wird von **Herrn Ihnen** bestätigt.

Weiter erkundigt sich **Frau E. Meyer**, in welchem Verhältnis der Zuschuss für die Erholungsfreizeiten nach Südfrankreich, in die Pyrenäen und an die Costa Brava zu den anderen Fahrten stehen würde.

**Herr Ihnen** entgegnet, das seien Maßnahmen, die nach den Regeln der Erholungsfreizeit anhand der Zuschusstabelle in den Richtlinien abgerechnet würden. Es handele sich um vorkalkulierte Zuschüsse, die für Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigerem Einkommen vorgesehen seien.

**Frau E. Meyer** bittet um Auskunft, woher die fehlenden 19.000 € kämen, die den vorgesehenen Haushaltsansatz überschreiten würden.

**Herr Kühl** antwortet, wie auch im letzten Jahr seien einige Veranstaltungen nach oben hin kalkuliert worden, die dann im Endeffekt nicht so eintreten würden. Weiterhin seien im vergangenen Jahr durch Stiftungen Drittmittel eingeworben worden, sodass man am Ende wie-

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

der den Haushaltsansatz erreicht habe. Er denke, dass es auch in diesem Jahr ähnlich laufen werde.

**Herr Grix** ist der Meinung, dass die Einnahmen der Stiftungen nicht den Ausgaben gegenüber gestellt werden könnten. Im vergangenen Jahr habe man die eingenommenen Mittel zunächst einmal als Ausgabe mit eingerechnet. Dieses sei nunmehr nicht der Fall, sodass die 19.000 € voraussichtlich als Ausgabe erscheinen würden.

Weiter erklärt er, er halte die Maßnahmen des CVJM und der luth. Kirche als Erholungszeit für Kinder und Jugendliche für überzogen, denn in den Richtlinien seien bestimmte Sätze festgelegt. Dort stehe, dass diese Maßnahmen möglichst in Deutschland durchgeführt werden sollten und die Anfahrt keine 1 000 km überschreiten dürfte. Seiner Ansicht seien 400 € pro Teilnehmer ein zu hoher Beitrag, den er nicht für gerechtfertigt halte.

**Herr Kühl** gibt Herrn Grix in der Systematik Recht, da auch im letzten Jahr diese Aufstellung ähnlich gemacht worden sei wie jetzt. Er habe jedoch darstellen wollen, wie nachher das reale Ergebnis gewesen sei. Vom erzielten Gesamtergebnis im letzten Jahr sei man mit dem Ausgabenansatz hingekommen, sodass man davon ausgehen könne, es auch in diesem Jahr zu schaffen.

Weiter führt er aus, die Fahrten an die Costa Brava und in die Pyrenäen seien im Sinne der Richtlinien auch keine internationalen Begegnungen und würden nicht danach gefördert werden. Es würden nur die Höchstgrenzen entsprechend der Richtlinien der anererkennungsfähigen Kosten gefördert und das seien die Jugendherbergssätze und die Fahrtkostenpauschale.

**Herr Sprengelmeyer** regt an, diesbezüglich eine inhaltliche Diskussion im Stadtjugendring zu führen, um sich möglicherweise auch unter den Trägern zu verständlichen.

**Beschluss:** An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung die aus der Anlage ersichtlichen Zuschüsse für Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und Kinder- und Jugenderholung gezahlt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 6** Vorlage 14/2137-00  
Zuschüsse an Vereine und Verbände

**Herr Ihnen** erläutert die Vorlage im Einzelnen.

**Frau E. Meyer** regt an, das Eltern- und Kinderzentrum „Wackelpeter“ e. V. zu einer der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzungen einzuladen, um von der täglichen Arbeit berichten zu lassen.

**Herr Sprengelmeyer** nimmt diesen Vorschlag gerne auf. Bezüglich der Finanzen teilt er mit, dass erstmals in diesem Jahr der Verein einen festen Zuschussbetrag erhalten werde und dieses mit der Politik in dem Budgetbeschluss 2006 so vereinbart worden sei. Es handele sich bei dem „Wackelpeter“ im Grunde genommen um eine Selbsthilfeorganisation, die es aus seiner Sicht auch dringend zu erhalten gelte.

**Herr Renken** erinnert daran, dass sich die Fraktionen in den Haushaltsberatungen verständigt hätten, dafür zu sorgen, den Verein auf eine verlässliche Basis zu stellen und somit auch

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

eine nachhaltige Existenzsicherung zu schaffen. Insofern sei es ein guter Vorschlag, dass der Verein die Möglichkeit erhalte, sich im Ausschuss vorzustellen.

**Herr Kühl** ergänzt, es werde angestrebt, mit diesem Verein eine auf ihn zugeschnittene Leistungsvereinbarung abzuschließen.

**Beschluss:** An Vereine und Verbände werden vorbehaltlich der Einhaltung der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung die aus der Anlage zur Vorlage 14/2137-00 ersichtlichen Zuschüsse gezahlt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 7** Vorlage 14/2132-00  
Investitionen in Kindertageseinrichtungen 2005

**Herr Kühl** erläutert die Vorlage und erklärt abschließend, dass in der zweiten Juniwoche die endgültige Ausbauplanung für die Küche des Pauluskindergartens vorliegen werde, sodass dann auch ein entsprechender Finanzierungsvorschlag gemacht und in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung vorgestellt werden könne.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 8** Vorlage 14/2133-00  
Investitionen auf Spielplätzen 2005 – Planung 2006

**Herr Kühl** erklärt, in der Vorlage sei eine Gesamtaufstellung der im Jahr 2005 getätigten Investitionen aufgeführt. Besonders hervorheben möchte er den Spielplatz Gatjebogen im Stadtteil Constantia, der grundlegend saniert worden sei, und den Spielplatz Kiebitzstraße, dessen Sanierung unter besonderen Bedingungen stattgefunden habe. Er weist darauf hin, dass im Stadtteil Barenburg aus dem Sanierungsmitteln zwei Schulhöfe und ein Spielplatz umgestaltet worden seien.

Auch seien in der Vorlage die Spielplätze genannt, die in diesem Jahr saniert würden. Es handele sich teilweise dabei um Vorhaben, die aus dem vergangenen Jahr übrig geblieben seien.

Ferner teilt er mit, dass man sich im Jahr 2005 verstärkt den Bolzplätzen gewidmet habe. Kürzlich sei ein neuer Platz in Larrelt zwischen dem Jugendzentrum und der Grundschule eröffnet worden. Abschließend erklärt er, für den Bolzplatz in der Ernst-Petrich-Straße in Barenburg würden Mittel einer Brauerei in Anspruch genommen, um diesen Platz planieren und neue Tore aufbauen zu können.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, dieses sei von einer Elterninitiative ausgegangen, die den Kontakt zur Brauerei aufgenommen und den Antrag gestellt habe. Diese würde auch die Pflege übernehmen. Die Stadt Emden wolle dieses Engagement nicht verhindern.

**Herr Berends** bedankt sich bei dem Siedlerverein, der den Spielplatz Kiebitzstraße mitgestaltet und sich bereit erklärt habe, diesen auch anschließend selber zu pflegen.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

**Frau E. Meyer** fragt an, ob die Spielgeräte im Stadtgarten in diesem Sommer noch aufgestellt würden.

**Herr Kühl** führt aus, mit dem Fachdienst Stadtplanung seien bereits entsprechende Vorgespräche geführt worden. Es sollten zwei Varianten erarbeitet werden. Zum einen sollte eine kleine Spielecke abgeteilt werden, wo einige Spielgeräte dauerhaft aufgestellt würden. Zum anderen gäbe es die Möglichkeit der Umgestaltung des Stadtgartens. Darüber könne jedoch nicht in diesem Ausschuss entschieden werden, da der Stadtgarten auch keine Spielfläche sei. In diesem Zusammenhang weist er auf den Spielplatz Stephansplatz hin, der in der Innenstadt der einzige Spielplatz sei und sich in einem miserablen Zustand befinde. Dieser müsse dringend saniert werden.

Abschließend erklärt Herr Kühl, durch eine Aktion der Energietage erhalte der Fachdienst Jugendförderung eine Spende, die für Spielgeräte in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werde.

**Frau E. Meyer** ist der Meinung, man sei sich einig gewesen, im Stadtgarten nur ein paar kleine Spielgeräte aufzustellen.

**Herr Renken** führt aus, die Spielmöglichkeiten für Kinder in der Innenstadt seien schon seit vielen Jahren ein Thema. Als Alternative seien dann die Spielstationen auf dem Wall auf den Weg gebracht worden. Jedoch gäbe es davon bisher nur eine. Er halte es allerdings für sinnvoller, eine vernünftige Gesamtplanung für den Stadtgarten zu machen und nicht nur ganz schnell ein kleines Teil aufzustellen. Anschließend erkundigt er sich, ob noch mehrere Stationen auf dem Wall geplant seien.

**Herr Berends** antwortet, dass diese Wallstationen fortgesetzt würden.

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass das Netzwerk „Emder Kinder in Bewegung“ sich auch mit der Stadt in Verbindung gesetzt habe. Es habe eine neue dynamische Entwicklung gegeben, die sich sicherlich fortsetzen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14/2134-00  
Informations- und Präsentationstag der Emders Jugendzentren

**Herr Kühl** weist auf den Informations- und Präsentationstag der Emders Jugendzentren am 24.06.2006 hin, der ein Angebot für die Jugendhilfeausschussmitglieder und alle anderen interessierten Personen sei, sich zu informieren und ganz intensiv die Häuser vor Ort anzusehen. Er bittet, diese Einladung anzunehmen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** Vorlage 14/2135-00  
Modellversuch emotionale und soziale Entwicklung Ostfriesland (MESEO)

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, dieser Modellversuch habe zum Ziel, dass Kinder in Grundschulen, die in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung eingeschränkt seien, an ihrer Schule bleiben könnten und nicht in Förderschulen beschult werden müssten. Das Programm wende sich an die Lehrer und es würden mittlerweile bereits 60 Einzelfälle betreut werden. Da dieses Projekt Schulen und auch den Jugendhilfebereich betreffe, habe er es zum Anlass genommen, es hier im Ausschuss vorstellen zu lassen.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

**Frau Rocholl-Hörster** trägt vor, da es viele Kinder gäbe, die häufig in den Grundschulen nur noch schwer zu beschulen seien, hätten sich die Schulleiter der ostfriesischen Grundschulen bereits vor einigen Jahren zusammengesetzt und überlegt, wie Abhilfe geschaffen werden könnte. Herausgekommen sei das Modellprojekt MESEO, welches zu Beginn des letzten Schuljahres begonnen habe und an dem sich die Landkreise Aurich und Leer sowie die Stadt Emden beteiligten. Sie geht nun im Einzelnen auf das Projekt ein und erläutert das Verfahren.

**Frau Kowe** führt aus, sie sei in diesem Bereich für die Schulsozialarbeit zuständig und erklärt ausführlich an zwei Beispielen, wie einzelne Fälle verlaufen könnten.

**Frau Grix** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Dr. Beisser** hält dieses Projekt für ein schönes Beispiel eines niedrigschwelligen Angebotes. Er befürchte aber, dass die Akzeptanz zerstört werde, wenn sich das Jugendamt einschalte.

**Herr Ouedraogo** begrüßt den erfolgreichen Anlauf dieses Projektes. Seiner Meinung nach müssten hier noch mehr Stunden zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Renken** fragt an, auf welche Dauer dieser Modellversuch angelegt und wie die Finanzierung abgesichert sei.

**Frau E. Meyer** erkundigt sich, was es bedeute, den Kindern an den Grundschulen eine Förderung und einen Verbleib zu ermöglichen.

**Frau Rocholl-Hörster** entgegnet, Kinder, die nicht unbedingt den Anforderungen einer Regelschule entsprechen würden, würden in Förderschulen beschult. Ein großes Problem stellen aber in den Grundschulen die Kinder dar, die von ihren schulischen Leistungen her durchaus den Anforderungen genügten, aber auch durch ihr Verhalten regulären Unterricht unmöglich machen würden. Die Überlegung von MESEO sei gewesen, dass diese Kinder erfasst würden und in ihren Grundschulen verbleiben könnten. Bisher seien diese Kinder in auswärtigen Förderschulen beschult worden. Sie halte es jedoch für notwendiger, in den zuständigen Grundschulen so früh tätig zu werden, dass diese massiven Verhaltensstörungen nicht mehr auftauchen würden.

Weiter führt sie aus, dieser Modellversuch sei zunächst auf drei Jahre angelegt worden. Sie hoffe, dass bis dahin die Strukturen so geschaffen seien, dass es eine feste Institution geworden sei.

**Herr Sprengelmeyer** betont, es werde auch deutlich, wie wichtig hier die Elternarbeit sei. Wenn es um Emotionen und Verhalten von Kindern gehe, dann könne man das Elternhaus nicht außer Acht lassen. Das Jugendamt werde aber nur dann eingeschaltet, wenn MESEO in der Elternarbeit an seine Grenze gekommen sei und die Eltern sich verweigerten.

Hinsichtlich der Finanzierung teilt er mit, dass in der Planung vorgesehen sei, dass das Land mit 22.000 € eine wissenschaftliche Begleitung finanziere. Jedoch habe das Land sich aus dieser Finanzierung zurückgezogen und zahle nur noch 2.500 €. In der vergangenen Woche habe man sich mit den betroffenen Jugendämtern geeinigt, dieses Projekt trotzdem weiter zu finanzieren.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, der Anteil der aus schwierigen Verhältnissen stammenden Kindern und der Kinder, die Verhaltensauffälligkeiten zeigten, würde prozentual in den Grundschulen höher. Im Rahmen der demographischen Entwicklung würden die Kinder-

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

zahlen auch insbesondere in den Mittelschichtfamilien in Emden zurückgehen, jedoch nicht in den problematischen Familien. So werde dieser Anteil natürlich größer. Von daher sei es sehr wichtig, hier präventiv im Kinder- und Familienbereich einzusteigen.

**Frau Kowe** führt aus, das Jugendamt sei nicht nur Druckmittel, sondern würde auch die Familien über Möglichkeiten wie z. B. Familienhilfe oder Finanzierungen informieren.

**Frau Rocholl-Hörster** betont, die Arbeit in diesen Familien und mit der Problematik der Kinder sei für sie eine ganz wichtige Aufgabe. Jedoch werde die Verhaltensproblematik in den Schulen nicht einheitlich gesehen. Daher komme es darauf an, die Sicht dahingehend zu verändern, dass man die Kinder in ihrer gesamten Person mit all ihren Risiken und Problematiken berücksichtige.

**Herr Kühl** erklärt, die Stadt Emden finanziere die Schulsozialarbeiterstelle, da Frau Kowe für dieses Projekt freigestellt sei. Dieses sei ein nicht unwesentlicher Anteil, der in dieses Projekt investiert und auch weiter fortgesetzt werde.

**Herr Renken** erkundigt sich, wie die Finanzierung zwischen den Landkreisen und der Stadt Emden geregelt sei und ob der Betrag von 22.000 € ein Komplettbetrag über drei Jahre sei. Weiter fragt er an, ob es nicht sinnvoll sei, auch im Grundschulbereich über Ganztagschulen zu reden.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, der Betrag für die wissenschaftliche Begleitung sei für die gesamten drei Jahre vorgesehen. Man sei sich zwischen den Jugendämtern der betroffenen Kommunen über die Notwendigkeit einig gewesen, das Projekt weiterzuführen, auch wenn sich das Land ganz zurückziehen sollte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 11** Vorlage 14/2138-00  
Abgrenzungsaun zwischen Spielplatz Conrebbersweg/Franz-Liszt-Straße  
und der Bahnlinie Emden-Norddeich;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.04.2006

**Herr Dr. Beisser** erklärt, es handele sich hierbei um eine Mitteilungsvorlage. Seine Fraktion habe aber um eine Beschlussvorlage gebeten. Die Verwaltung gehe in ihrer Antwort davon aus, dass sie nicht in der Verkehrssicherungspflicht sei. Jedoch gehe die Grundfrage am Hauptproblem vorbei. Man könne darüber spekulieren, aus welchen Gründen ein Kinderspielplatz so dicht an den Bahngleisen eingerichtet werde. Er halte es jedoch nicht für angebracht, sich darauf zu berufen, dass hier grundsätzlich keine kommunale Sicherungspflicht bestehe.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, da in dem Antrag der FDP-Fraktion stehen würde, dass der Abgrenzungsaun über den Haushaltsansatz für Kinderspielplatzinstandhaltung zu finanzieren sei, werde dieser Antrag hier im Jugendhilfeausschuss behandelt. Jedoch sei der Fachbereich nicht der Ansicht, dass der Zaun aus diesem Ansatz zu finanzieren sei, da der Spielplatz selber eingegrenzt sei und vor den Bahnschienen ein Weg entlang führen würde, der aus dem Wohngebiet von zwei Seiten aus zugänglich sei. Von daher sei im Jugendhilfeausschuss keine Beschlussfassung zu treffen.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

**Herr Kühl** ergänzt, bei der Stellungnahme der Verwaltung handele es sich um Abwägung aller Dinge, die hier vorgenommen wurden. Er betont, er sei als Stadtjugendpfleger auf keinen Fall der Meinung, dass die Stadt hier nicht tätig werden sollte. Man sollte diese Angelegenheit nochmals beleuchten, da die Gefährdungssituation besonders unglücklich sei.

Er stellt fest, es sei nicht möglich, aus Versehen auf die Bahnschienen zu gelangen. Man werde jedoch, wenn man bewusst zu den Schienen gehen möchte, auch nicht durch den provisorischen Bauzaun gehindert. Im Moment habe man die Situation, dass dort eine Lärmschutzwand errichtet werde, die allerdings nicht bis zur Höhe des Spielplatzes reiche, sondern ca. 70 m davor ende. Diese Situation stelle sich sehr unglücklich dar, habe aber in erster Linie nicht unbedingt etwas mit dem Spielplatz zu tun, der als solcher sicher sei.

**Frau E. Meyer** betont, die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses sollte dahingehen, dass diese Angelegenheit im Stadtentwicklungsausschuss behandelt werde. Aus ihrer Sicht bestehe hier tatsächlich Handlungsbedarf.

**Herr Renken** stimmt Frau Meyer zu. Jedoch sollte man auch darüber nachdenken, wie es dazu gekommen sei, denn der Rat habe mit öffentlicher Beteiligung aller Träger den Bebauungsplan beschlossen, auch im Hinblick auf den Spielplatz an dieser gefährlichen Stelle. Man müsse zukünftig diese Dinge anders planen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 12** Vorlage 14/2139-00  
Nutzung von Kinderspielplätzen;  
- hier Sonnenblumenstraße;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.03.2006

**Herr Dr. Beisser** erklärt, er sei mit der Antwort der Verwaltung zufrieden und würde es begrüßen, wenn in naher Zukunft in der Kornblumenstraße ein Bolzplatz eingerichtet werde.

**Herr Kühl** bemerkt, wenn es zu Konflikten bezüglich des Fußballspiels auf Spielplätzen käme, müsse der Fachdienst Jugendförderung auf einer juristischen und verkehrssicherungspflichtigen Ebene Stellung beziehen. Demnach dürften keine Fußballspielmöglichkeiten direkt neben Spiel-, Schaukel- und Klettergeräten zugelassen werden.

Da in der Kornblumenstraße eine alte Spielplatzfläche seit mehreren Jahren brachliege, die Spielgeräte abgängig seien und als Ablagefläche für Garten- und Hausmüll benutzt werde, habe sich die Jugendförderung entschlossen, diese Fläche zu erneuern und den Kindern zum Fußballspielen anzubieten. Jedoch habe es dagegen sofort aufgrund eines Artikels in der Emdener Zeitung vom 22.04.2006 ein Anschreiben der Nachbarn der Kornblumenstraße mit einer Unterschriftensammlung gegeben, die den ursprünglichen Spielplatz belassen möchten.

Er schlägt auch vor, zunächst den Sommer abzuwarten, da aufgrund der Kinderzahlen in diesem Wohngebiet nicht unbedingt damit zu rechnen sei, dass hier ein großer Bolzplatz entstehen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.



## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2006**

---

**Punkt : 13** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass der 12. Kinder- und Jugendbericht erschienen sei. Von diesem Bericht gehe eine neue Initiative aus, die den Bildungsbegriff neu definiere und Bildung, Betreuung und Erziehung als Einheit sehe. Zu diesem 12. Kinder- und Jugendbericht finde eine Fachtagung des Niedersächsischen Landesjugendamtes am 26.06.2006 in Hannover statt, zu der er ganz besonders die Vertreter des Jugendhilfe-, des Schulausschusses sowie auch die Vertreter der freien Träger einlade.

**Punkt : 14** Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.